



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24821 - 33  
Fernschreiber 0886890

/XIII/57 - 10. März 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

Kampf dem Atontod !  
Es geht um das Schicksal von Millionen

36

- 3

Finnland vor grossen Entscheidungen  
Reichstagswahl am 1. Juli - Das Lohn- und Freiskarussell

88

- 5

Kontakte mit Studenten der Sowjetunion  
Nur theoretische Zustimmung oder praktische Arbeit?  
Von stud.jur. Dieter Bielenstein, Sprecher der Presse-  
und Informationsdelegation des VDS.

88

Ein Leben für Labour  
James Middleton 80 Jahre !

51

\* \* \* \* \*

Zur Beachtung :

Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen interessanten Artikel "Sperrfeuer um Manila - Moskau verstärkt seine Asien-Politik", der die Zusammenhänge zwischen der SEATO-Konferenz und dem Angebot Moskaus zu einem Nicht-Angriffspakt mit den Mitgliedstaaten der SEATO darstellt.

\* \* \* \* \*

10. März 1958

### Kampf dem Atontod !

sp- Es sah eine zeitlang so aus, als regiere der Fatalismus vor einer scheinbar unabänderlichen Entwicklung die Stunde. Die Fortsetzung der Atomwaffen-Experimente in Ost und West, die Möglichkeit der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen - dies alles wurde zur Kenntnis genommen, ohne dass der Aufstand des Gewissens gegen den Atontod sichtbaren Ausdruck gefunden hätte. Die Warnung der 18 Göttinger Professoren erregte gewiss die deutsche Öffentlichkeit, führte aber - ausser bei der Opposition im Bundestag - zu keiner direkten Aktion gegen die deutsche Beteiligung an atomaren Rüstungswettlauf.

Mit einem Schlage hat sich alles geändert. Am Montag wurde in Bonn bekanntgegeben, dass über 40 hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Männer der Wissenschaft und der Kunst, der Kirche, der Politik und der Wirtschaft ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Einstellung entschlossen sind, das deutsche Volk gegen den Irrglauben einer auf Atombomben beruhenden imaginären "Sicherheit" aufzurütteln. Die seit Monaten unternommenen Versuche, den atomaren Rüstungswettlauf zu verniedlichen, ihn als einen "Fortschritt in Richtung auf eine sozusagen verbesserte Artillerie" darzustellen, dürften der Vergangenheit angehören.

Man wird sagen, der Kampf gegen den Atontod sei "eine einseitige parteipolitische Aktion gegen die Politik der Regierung, genauer". Die Namen der Männer, die jetzt an das Gewissen unseres Volkes appellieren, bürgen dafür, dass ihre Warnung keine anderen Motive hat, als die Einsicht in das furchtbare Schicksal, dem unser Volk ausgesetzt sein wird, wenn es sich nicht auf sich selbst besinnt.

Sogenannte Experten werden von "Sicherheit" reden, die durch die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen gewährleistet werden soll. Wenn Atom- und Wasserstoffbomben fallen, wenn unser Land durch die Stationierung ausländischer Atomwaffen-Abschussbasen in einem weltweiten Konflikt zur Zielscheibe eines möglichen, ebenfalls mit Atom- und Wasserstoffbomben ausgerüsteten Gegners wird, gibt es keine Sicherheit mehr! Dann wird Europa zerstört, und diejenigen, die den Sturm vielleicht durch einen unvorstellbaren Zufall überleben könnten, werden verstümmelt und verseucht sein.

Die Frauen und Männer, die jetzt in der Bundesrepublik gegen eine solche Entwicklung aufgestanden sind, können gewiss sein, dass Millionen Deutsche in West und Ost hinter ihnen stehen.

Finnland vor grossen Entscheidungen

B.G. - Helsinki

Am 1. und 2. Juli dieses Jahres finden in Finnland die Wahlen zum neuen Reichstag statt, der, wie in den übrigen skandinavischen Ländern, jeweils auf vier Jahre gewählt wird. Die sechs finnischen Parteien haben mit den Vorbereitungen hierzu bereits begonnen. Die Frühjahrs-Session des Parlamentes wird zunehmend im Zeichen der Wahlen stehen, nachdem die Kommunisten mit einer Interpellation das Startsignal für ihre Wahlkampagne gegeben haben. Der damit verbunden gewesene Misstrauensantrag wurde zwar von der Mehrheit des Hauses abgelehnt, trotzdem dürften die Kommunisten, die sich hier als "Volksdemokraten" bezeichnen, nichts unversucht lassen, um aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Kapital zu schlagen.

Von einer kurzen Regierungszeit der "Volksdemokraten" abgesehen, haben seit dem Krieg die beiden grössten finnischen Parteien, die Agrarier und die Sozialdemokraten, abwechselnd oder zusammen das Kabinett gebildet. Die Reichstagswahlen haben die Stabilität der grün-roten Front immer wieder bestätigt. In dem jetzigen Parlament, das 1954 gewählt wurde, haben die Sozialdemokraten 54, die Agrarier 53, die "Volksdemokraten" (KP) 43, die Konservativen 24 und die Finnische und Schwedische Volkspartei je 13 Sitze. Man rechnet damit, dass sich diese Zusammensetzung im neuen Reichstag nicht wesentlich verändern wird. Das Schwergewicht wird nach wie vor bei den beiden grossen Parteien liegen, bei den Arbeitern und Bauern. Dabei gilt die Aufmerksamkeit besonders der sozialdemokratischen Partei, die durch innere Auseinandersetzungen zeitweilig an Geschlossenheit verloren hatte. Durch eine Parteiopposition wurde das sozialdemokratische Lager in zwei Richtungen gespalten: In die Mehrheitsgruppe, die durch Leskinen, Tanner und Lindblom vertreten wird, und die sogenannten "Gruppe 94" mit ihren Wortführern Simonen und Skog.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage zugunsten der Mehrheitsgruppe entwickelt, die in Helsinki bei der Wahl der Reichstagskandidaten gegenüber den Skogisten einen überzeugenden Sieg davontrug. Die offizielle Linie erhielt über 16 000 Stimmen und kann damit die ersten 19 Kandidaten aus ihren Reihen bestimmen, während die oppositionelle Skoglinie mit 700 Stimmen unter "ferner liefen" rangierte. Bei den Offiziellen stehen der Reihenfolge nach Parteisekretär Väinö Leskinen, Parteivorsitzender Väinö Tanner, Parteisekretär Kaarlo Pitsinki und der Reichstagsabgeordnete Olavi Lindblom an erster Stelle.

Dr. Tanner forderte dieser Tage in einer Rede, die er in Turku gehalten hatte, die Parteiopposition auf, angesichts dieses Kräfteverhältnisses die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Opposition sei durchaus er-

wünscht und notwendig, betonte er, sie dürfe aber nicht in Disziplinlosigkeit und offener Aufruhr ausarten. Das könne keine Partei dulden. Dr. Tanner reichte der Opposition die Hand zur Versöhnung. Angesichts der bevorstehenden Wahlen müssten alle Kräfte loyal zusammenarbeiten.

Die Sozialdemokraten beurteilen ihre Wahlausichten optimistisch. Wenn es ihnen gelingt, ihren internen Streit - der von Aussenstehenden als Machtkampf der Fraktionsführer bezeichnet wird - beizulegen, haben sie noch einen Anlass mehr, optimistisch zu sein.

Die industrielle Entwicklung hat besonders nach dem Krieg das Verhältnis der Berufsgruppen stark verschoben. Um die Jahrhundertwende waren noch an die 75 % der finnischen Bevölkerung in ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängig. Vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges hielten sich landwirtschaftliche und industrielle Bevölkerung das Gleichgewicht. Heute überragt auf dem Schaubild der Berufsgruppen die Säule der Industriebevölkerung alle anderen Gruppen wie ein Fabrikschornstein. Diese Entwicklung wird voraussichtlich noch auf Jahre hinaus anhalten, zumal die landwirtschaftliche Bevölkerung das Reservoir für die Industriearbeiterschaft bildet. Der finnische Landwirt ist Kleinbauer, dem im Durchschnitt nur an die 5 ha Land zur Verfügung stehen. Für grosse Familien reicht das nicht aus, so dass die Kinder zwangsläufig in andere Berufsgruppen abwandern.

Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die Parteien Gelegenheit, ihr Wahlprogramm auf die Forderungen des Tages abzustellen. Die Kommunisten nützen die Arbeitslosigkeit und die dadurch verursachte Unzufriedenheit rücksichtslos für ihre eigenen Zwecke aus. Mit Lohnforderungen inszenieren sie Streiks, wobei die Arbeiter Gefahr laufen, vor allem wenn die Forderungen nicht berechtigt sind, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das Amt für soziale Forschung hat im vergangenen Jahr 88 Streiks registriert, wodurch über 200 000 Arbeitstage verlorengegangen sind. Das alte Jahr hat mit Streiks aufgehört, und das neue hat mit Streikdrohungen und Streiks begonnen.

Keine der grossen Parteien kann sich der Verantwortung für die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation entziehen. Nachdem im vergangenen Jahr fünf Regierungen - Egerholm, Sukselainen I, II und III sowie von Fieandt - für mehr oder weniger kurze Zeit an Steuer des Staatsschiffes Suomi gestanden haben, bedarf es einiger Anstrengungen, das Fahrzeug wieder an den Wind zu bringen. Das Erbe, das eine Regierung der anderen hinterliess, bestand meistens aus begonnenen aber nicht zu Ende geführten Massnahmen. Nachdem die Parteien im Spätherbst vergangenen Jahres sich sechs Wochen lang ergebnislos um die Bildung einer neuen Regierung bemüht hatten, beauftragte der Staatspräsident eine Fachministerregierung mit der Wahrnehmung der Geschäfte. Die Hoffnungen, die das Volk in diese "unpolitische" Expertenregierung gesetzt hat, haben sich zwar bis zur Stunde noch nicht erfüllt. Der Pegel der Arbeitslosigkeit steigt weiter an. Mitte Februar hat er die 70 000-Grenze überschritten. Das Lohn- und Preiskarussell dreht sich, und die Produktion geht zurück. Das Volk erwartet von der Wahl eine starke Regierung auf breiter parlamentarischer Grundlage. Bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments im Herbst ist es noch ein gutes halbes Jahr. Was in dieser Zeit von der überbrückungs-Regierung getan oder nicht getan wird, muss sich zwangsläufig auf die Wahlen auswirken. + + +

### Kontakte mit Studenten der Sowjet-Union

Von stud. jur. Dieter Bielenstein, Sprecher der Presse- und Informationsdelegation des VDS.

"Das Ziel unserer Informationsreise wurde im wesentlichen erreicht", erklärte der Sprecher einer Delegation des Verbandes Deutscher Studentenschaften nach seiner Rückkehr von einer 13-tägigen Reise in die Sowjet-Union. Die Delegation hatte auf Einladung des Studentenrates der Sowjet-Union die Hochschulen in Moskau und Leningrad besucht und mit dem stellvertretenden Minister für Hochschulfragen, mit dem Studentenrat sowie mit dem Komitee der Jugendorganisationen Vorgespräche über die mögliche Normalisierung der Hochschulbeziehungen geführt.

Die deutschen Studenten berichten, dass sie während ihres Aufenthaltes in Russland weitgehende Bewegungsfreiheit gehabt und mit vielen sowjetischen Studenten Gespräche geführt haben. Dabei beschränkte sich dieser Kontakt zur Studentenschaft entgegen den ursprünglichen Erwartungen durchaus nicht auf kommunistische Funktionäre und Verbandsspitzen. Neben den offiziellen Empfängen und Besichtigungen ergaben sich viele Möglichkeiten zu privaten Gesprächen mit Studenten aller Fachrichtungen. Das Bedürfnis nach Informationen aus dem Westen und aus der Bundesrepublik ist ungeheuer gross. Das Bild der Bundesrepublik wird durch die sowjetische Presse stark verzeichnet, so dass - in Verbindung mit den Kriegserlebnissen und mit der in der Sowjet-Union viel gelesenen Zonepresse - die Bundesrepublik oft als möglicher Friedensbrecher in Europa erscheint. Durch eine grosse Zahl von einzelnen Gesprächen, durch Vorträge vor Studentenversammlungen und durch Diskussionen in den Redaktionen der Studenten- und Jugendzeitungen ist es in vielen Fällen gelungen, dieses einseitige Bild zu korrigieren.

Von sowjetischer Seite wurde der ausdrückliche Wunsch geäussert, den Studentenaustausch fortzusetzen und zu erweitern. Die deutsche Delegation, die den Erfolg dieser Reise sehr positiv bewertet, wird der Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften empfohlen, in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz auch die Einrichtung von langfristigen Austauschstipendien zu erwägen. Das sowjetische Jugendkomitee ersuchte schliesslich die deutsche Studentendelegation, dem Bundesjugendring und dem Ring politischer Jugend über die Reise zu berichten und den Wunsch nach Aufnahme von Beziehungen zu den Jugendorganisationen zu übermitteln.

Die vom VDS herausgegebene "Deutsche Studentenzeitung" erklärte in einem Leitartikel bereits im Dezember zu der Zielsetzung des geplanten Studenten- und Jugendaustausches: "Die Furcht vor deutschem Militarismus und Faschismus ist ein ernst zu nehmender Faktor sowjetischer Politik. Wir können sie nur ausräumen, wenn wir geduldig um Vertrauen werben und eine Atmosphäre des Verständnisses an der Basis schaffen - als eine Voraussetzung politischer Vereinbarungen. Genau diese Aufgabe wurde in zahllosen Gesprächen und Treffen in Westeuropa und in den USA während der Jahre 1945 bis 1950 gelöst. Eine Berührung mit den Völkern Osteuropas wird überflüssige Ressentiments in der westdeutschen Bevölker-

ung abzubauen, da unsere Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten noch oft von Propaganda-Begriffen des Hitlerschen Antikommunismus und seiner Untermenschentheorie geprägt ist".

Nun berichten die deutschen Studenten durchaus nicht so optimistisch, wie manche der Formulierungen klangen, die in den letzten Tagen in der Presse zu lesen waren. Es gab auch sehr harte politische Auseinandersetzungen um die Fragen der Wiedervereinigung, um den Ungarnkonflikt und über den 17. Juni in der Zone. Diese Feststellung zeigt aber gerade den Wert möglicher kultureller Beziehungen. Es ging den Studenten auf keinen Fall um Freundschaftsbeteuerungen um jeden Preis oder auf Kosten unabdingbarer Forderungen nach Gerechtigkeit und Freiheit. Wenn durch solche Besuche eine genauere Kenntnis und reale Einschätzung des Gegenübers erreicht wird, scheint auch für künftige politische Verhandlungen viel gewonnen. "Auch unser Bild des Sowjetsystems ist durch die fehlende Kenntnis der Wirklichkeit oder durch bewusst entstellte Informationen reichlich verzerrt. Diese falsche Einschätzung des Verhandlungsgenegers in der Frage der deutschen Wiedervereinigung kann uns immer weiter in die Backgasse einer verfehlten Politik führen", erklärte ein Mitglied der Studentendelegation.

Die CDU-Bundestagsfraktion liess inzwischen durch Baron Manteuffel-Szöge anlässlich des Besuches einer sowjetischen Studentendelegation erklären, dass sie die Aufnahme von Hochschulbeziehungen zur Sowjet-Union begrüesse und überhaupt der Erweiterung kultureller Beziehungen positiv gegenüberstehe. Auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes teilte dem Verband Deutscher Studentenschaften mit, dass es im Amt "ein volles politisches 'Ja' zu den Bestrebungen der Studentenschaft" gäbe. Man wird allerdings die Frage stellen müssen, wie weit diese Äusserungen glaubwürdig sind. Denn gleichzeitig liess das Auswärtige Amt wissen, dass dieses politische 'Ja' durchaus nicht die finanzielle Förderung, des Stipendienaustausches bedeute. Die von VDS angebahnten Hochschulbeziehungen zu den polnischen Universitäten kommen in den letzten Monaten zum Erliegen, weil verschiedene Kultusministerien die Bereitstellung von Finanzmitteln so lange verweigern, bis das Auswärtige Amt auch eine materielle Förderung befürwortet. Die Botschaft der Bundesrepublik in Moskau hat sich seit über einem Jahr für die Aufnahme kultureller Beziehungen mit der Sowjet-Union eingesetzt, die zahlreichen Empfehlungen der Botschaft verschwanden jedoch kommentarlos in den Akten des Bonner Ausserministeriums.

Es wird nunmehr abzuwarten sein, ob das 'Ja' der CDU und des Auswärtigen Amtes zu der Aufnahme kultureller Beziehungen nur wieder ein verschlüsseltes 'Nein' ist, oder ob man bereit ist, die starrsinnige Haltung der Isolation und die Beschränkung auf das Drohen mit einer überstürzten Aufrüstung aufzugeben.

+ + +

Ein Leben für Labour.

F. S. - London

Im Jahre 1902 kam von Cumberland, einer Provinz im nördlichen England, ein 24-jähriger junger Mann nach London, der schon - so merkwürdig es klingen mag - seit fast 10 Jahren innerhalb der britischen Arbeiterbewegung Funktionen ausübte. Seine Eltern waren Sozialisten, die sich nie lange an einem Ort aufhalten konnten. Ihr Sohn, James S. Middleton, musste zehnmal die Schule wechseln, bevor er sie mit 12 Jahren endgültig verliess, um berufstätig zu werden. Sehr schnell begann dann aber der Aufstieg. Aus dem Büroboten wurde ein Buchdrucker, Organisationssekretär und Journalist.

Drei Jahre nach ihrer offiziellen Gründung wurde Middleton stellvertretender Sekretär der Labour Party und eröffnete mit dem späteren Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald das aus zwei Zimmern bestehende Parteibüro in der Victoria Street in London. 1934 legte Arthur Henderson, der ehemalige Aussenminister, die Sekretariatsgeschäfte nieder. Middleton wurde sein Nachfolger. Als auch er zehn Jahre später das Sekretariat verliess, hatte die Labour Party 2 1/2 Millionen Mitglieder; ein Jahr später übernahm Attlee die Regierung. Mit Middleton waren die drei grossen britischen Arbeiterorganisationen - Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft - denen er durch die Gründung des "National Council of Labour" eine Zentrale gegeben hatte, zum entscheidenden Faktor der englischen Politik geworden.

Der Schüler Keir Hardie's, des Gründers der britischen Arbeiterbewegung, verhalf aber nicht nur ihr zum Aufstieg. Er vertrat und festigte in gleichem Masse den internationalen Sozialismus. Es war ein politisch und menschlich bedeutsamer Akt, als Middleton während des Parteitages 1944 in seiner Abschiedsrede Worte zu Ehren der deutschen Sozialdemokratie voranstellte. "Die Bücher sind noch nicht geöffnet", rief er aus, "die Gefängnisse noch geschlossen, viele Kämpfer mögen tot sein, Ehre ihrem Andenken."

Dieser mutige Einsatz für das andere Deutschland war um so höher zu bewerten, wenn die schwierige Situation bedacht wird, in der sich die in England lebende sozialdemokratische Emigration befand. Deutsche Kommunisten und die Anhänger der deutschfeindlichen Politik des konservativen Lord Vaneittart vereinigten sich in ihren Angriffen gegen den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten, dass es unmöglich sei, das gesamte deutsche Volk für Nationalsozialismus und Krieg verantwortlich zu machen. Wenn einmal die politische Arbeit der deutschen Sozialdemokraten in England einer genauen Beurteilung unterzogen wird, dann wird sich herausstellen, welchen wichtigen Dienst sie, insbesondere der in London verstorbene Parteivorsitzende Hans Vogel, sein damaliger Stellvertreter und jetzige Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, Herta Gotthelf, Fritz Heine, Willi Eichler, Erwin Schöttle, Willi Sander u. a. dem deutschen Volk erwiesen haben.

Ihr unermüdlicher und wertvollster Helfer war James Middleton, der am 12. März 80 Jahre alt wird. An diesem Tage finden für ihn zwei Feierlichkeiten im Parlamentsgebäude statt, einen Tag später versammelt sich zu seinen Ehren die Labour-Fraktion des Unterhauses, Ereignisse, wie sie sich nicht oft im politischen Leben Grossbritanniens abspielen. Auch der Vorstand der SPD und die "Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Grossbritannien" haben ihren Freund Middleton mit herzlichen Wünschen gratuliert und gedankt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel